

Antrag

**der Fraktion der SPD und
der Fraktion GRÜNE**

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport

„G 8 plus“-Schulversuch am Auguste-Pattberg-Gymnasium Mosbach genehmigen

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,

I. zu berichten,

1. wie sie den Antrag des Auguste-Pattberg-Gymnasiums, im Rahmen eines Schulversuchs einen „G 8 plus“-Zug einzurichten, aus inhaltlich pädagogischer Sicht bewertet;
2. wie sie in diesem Zusammenhang das Votum des Gemeinderats Mosbach bewertet, der sich in einem einstimmigen Votum für den Schulversuch ausgesprochen hat;
3. welche Bedeutung sie dem Willen der Eltern beimisst vor dem Hintergrund, dass
 - a) ausweislich einer schulinternen Umfrage sich drei von vier Eltern für einen neunjährigen Zug innerhalb des G 8 aussprechen;
 - b) das Konzept für „G 8 plus“ unter Beteiligung der Eltern erarbeitet wurde;
4. aus welchen Gründen die Genehmigung des „G 8 plus“-Schulversuchs vom Kultusminister verwehrt wurde, obwohl zum Zeitpunkt der öffentlichen Absage der förmliche Antrag dem Kultusministerium noch gar nicht vorgelegen hatte;

II. den Antrag des Auguste-Pattberg-Gymnasiums Mosbach auf Einrichtung eines „G 8 plus“-Schulversuchs unverzüglich zu genehmigen.

22. 04. 2009

Schmiedel, Dr. Mentrup, Zeller, Nelius
und Fraktion

Kretschmann, Rastätter, Lehmann
und Fraktion

Begründung

Die anhaltende Kritik am achtjährigen Gymnasium (G 8) hat das Auguste-Pattberg-Gymnasium in Mosbach zu einer Elternumfrage veranlasst. Laut dieser Umfrage sprechen sich drei von vier Eltern für einen neunjährigen Zug innerhalb des G 8 aus. Dieses Ergebnis deckt sich mit den Rückmeldungen von über 10.000 Eltern, die an der G 8-Umfrage der SPD-Landtagsfraktion vom Sommer 2008 teilgenommen haben.

Aus Konsequenz aus diesen Ergebnissen fordern die Fraktionen von SPD und GRÜNE, den Wunsch der Eltern auf Wahlfreiheit zu respektieren und Anträge von Gymnasien zu genehmigen, die innerhalb des G 8 auch einen neunjährigen Zug einrichten wollen. Im Fall des Gymnasiums in Mosbach manifestiert sich der Elternwille insbesondere auch darin, dass das Konzept unter Beteiligung der Eltern erarbeitet wurde. Die Eltern wollen ihren Kindern also auf eigenen Wunsch hin ein zusätzliches Jahr im Gymnasium bei anderer Verteilung der Unterrichtsstunden auf Schuljahre und Schulstunden pro Woche ermöglichen – bei gleichzeitiger Vereinbarkeit mit dem achtjährigen Zug am Gymnasium. Aus Sicht der SPD und der GRÜNEN ist dieses Konzept schlüssig und plausibel.

Die ablehnende Haltung der Landesregierung ist unverständlich und inakzeptabel. Nur in einem konstruktiven Dialog zwischen dem Kultusministerium und den Schulen, die sich innovativ weiterentwickeln wollen, können die Bildungschancen aller jungen Menschen in Baden-Württemberg verbessert werden.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 12. Mai 2009 Nr. 36–S15–Mosbach, Pattbe/19 nimmt das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport zu dem Antrag wie folgt Stellung:

Der Landtag wolle beschließen,

die Landesregierung zu ersuchen,

I. zu berichten,

1. wie sie den Antrag des Auguste-Pattberg-Gymnasiums, im Rahmen eines Schulversuchs einen „G 8 plus“-Zug einzurichten, aus inhaltlich pädagogischer Sicht bewertet;

Baden-Württemberg hat sich mit der flächendeckenden Einführung des achtjährigen Gymnasiums mit dem Schuljahr 2004/2005 an den international üblichen Ausbildungszeiten orientiert. Darüber hinaus zielt das achtjährige Gymnasium auf einen verantwortlichen Umgang mit der Lebenszeit junger Menschen. Trotz der Verkürzung der Schulzeit bleibt die anerkannt hohe Qualität des baden-württembergischen Abiturs erhalten. Der Landtag hat am 17. Juli 2003 die Einführung des flächendeckenden achtjährigen Gymnasiums mehrheitlich beschlossen (Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes, veröffentlicht im Gesetzblatt Nr. 9 vom 28. Juli 2003).

Aufgrund der pädagogischen Zielsetzungen und angesichts dieser Gesetzeslage sehen das Kultusministerium und das Regierungspräsidium Karlsruhe keine Veranlassung für eine Genehmigung des beantragten Schulversuchs. Mit einer Genehmigung des Antrags des Auguste-Pattberg-Gymnasiums würde die mit der Bildungsplanreform intendierte Reduzierung der Ausbildungszeiten für alle Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums aufgegeben. Im Rahmen der „Qualitätsoffensive Gymnasium“ sind die Spielräume noch erweitert worden, um Schülerinnen und Schüler zu entlasten und individuell zu fördern. Diese Spielräume gilt es nun zu nutzen. Das Regierungspräsidium Karlsruhe wurde beauftragt, der Schule bei der Umsetzung von G 8 behilflich zu sein.

2. wie sie in diesem Zusammenhang das Votum des Gemeinderats Mosbach bewertet, der sich in einem einstimmigen Votum für den Schulversuch ausgesprochen hat;

Mit Schreiben vom 12. März 2009 teilt der Oberbürgermeister von Mosbach mit, dass der Gemeinderat einstimmig seine Zustimmung zu diesem Projekt gegeben habe, allerdings unter der Maßgabe, „dass keine wesentlichen zusätzlichen Kosten auf die Stadt als Schulträger zukommen“. Sinngemäß entsprechend ist auch der Beschluss des Gemeinderates vom 11. März 2009 formuliert. Zusätzlich heißt es dort:

„Dadurch ausgelöster zusätzlicher Finanzbedarf ist vielmehr im Rahmen des Schulbudgets zu erwirtschaften und auch daraus zu bestreiten“.

Diese vom Schulträger und vom Gemeinderat eingeforderte weitgehende Kostenneutralität ist im Endausbau eines neunjährigen Zuges nicht gegeben, weder in personeller noch in sächlicher Hinsicht.

3. *welche Bedeutung sie dem Willen der Eltern beimisst vor dem Hintergrund, dass*
- a) *ausweislich einer schulinternen Umfrage sich drei von vier Eltern für einen neunjährigen Zug innerhalb des G 8 aussprechen;*
 - b) *das Konzept für „G 8 plus“ unter Beteiligung der Eltern erarbeitet wurde;*
4. *aus welchen Gründen die Genehmigung des „G 8 plus“-Schulversuchs vom Kultusminister verwehrt wurde, obwohl zum Zeitpunkt der öffentlichen Absage der förmliche Antrag dem Kultusministerium noch gar nicht vorgelegen hatte;*

Das Kultusministerium hat sich seit Jahren intensiv mit dem Anliegen der Eltern des Auguste-Pattberg-Gymnasiums Mosbach auseinandergesetzt, einen neunjährigen Zug einzuführen. Bereits im Mai 2007 ist man in dieser Angelegenheit beim Kultusministerium vorstellig geworden. Im Juni 2008 fand ein Gespräch mit Vertretern des Auguste-Pattberg-Gymnasiums, Vertretern des Schulträgers und Herrn Kultusstaatssekretär Wacker MdL statt. Herr Staatssekretär Wacker MdL hat in diesem Gespräch die tragenden Gründe unserer Ablehnung verdeutlicht und zugleich die Unterstützung des Regierungspräsidiums Karlsruhe bei der Umsetzung von G 8 zugesagt.

II. den Antrag des Auguste-Pattberg-Gymnasiums Mosbach auf Einrichtung eines „G 8 plus“-Schulversuchs unverzüglich zu genehmigen.

Aus oben genannten Gründen kann dem Antrag nicht entsprochen werden.

In Vertretung

Fröhlich
Ministerialdirektor